[illegible] Stand" zu entwickeln und die kommunistische Bewegung zu der Bewegung der ausschlaggebenden Teile der Arbeiterschaft und aller Ausgebeuteten zu machen.

Wir haben recht gehabt mit unserer Voraussagung. Mit unserem täglichen aktiven Handeln in Betrieb und Gewerkschaft: gegen die Dawespolitik, gegen die Westorientierung, für die Verteidigung der Tagesinteressen der Arbeiter, für den Sturz der Bourgeoisie, für das Bündnis mit den Arbeitern und Bauern Sowjetrußlands. Sammeln wir die Ausgebeuteten in der roten Front, tun wir alles für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit.

476 Die geleimte „Internationale"

„Friedens"-Beschlüsse des Marseiller Kongresses

Nach den scharfen Auseinandersetzungen über die wichtigsten Fragen der internationalen Politik, in denen die englische Delegation durchweg andere Auffassungen vertrat, als die Deutschen und Franzosen, ist es gelungen (wahrscheinlich durch die Kunst der austromarxistischen Meister in zweideutigen Formulierungen) in Marseille einheitliche Beschlüsse herbeizuführen. Da die Engländer gegen den Sicherheitsplan, die Franzosen und Deutschen für ihn, die Engländer gegen den Dawesplan, die Deutschen und Franzosen für ihn, die Engländer gegen die antibolschewistische Interventionshetze, die Franzosen und Deutschen die Anführer dieser Hetze, die Engländer für die Unterstützung der chinesischen Aufstandsbewegung, die Franzosen und Deutschen gegen sie sind, waren einheitliche Beschlüsse in allen diesen Fragen nur dadurch möglich, daß sie nach dem alten Schema der 2. Internationale abgefaßt wurde. Beschlüsse, die niemanden zu irgend etwas verpflichten, alle Möglichkeiten offen lassen und von jeder Partei so gedeutet werden, wie es ihr gefällt. — Die Beschlüsse liegen uns noch nicht im Wortlaut vor, aber soviel ist schon aus der Inhaltsangabe des „Vorwärts" zu entnehmen.

Die Stellung der sozialpatriotischen „Internationale" zum Völkerbund wird dahin präzisiert, daß die „Internationale" die Gründung des Völkerbundes gutgeheißen habe, obwohl er auf Friedensverträgen beruhe, die eine starke Gefahr für den Frieden bedeuten, daß der Völkerbund aber seine Mission erst dann erfüllen könne, wenn alle Länder mit völlig gleichen Rechten und Pflichten ihm angehören. Aus diesem Grunde wünsche die „Internationale" daß die Bestimmungen des Artikels 19, die eine Revision der Friedensverträge vorsehen, „präzisiert und wirksam gemacht" werden.

Dies sind sehr bescheidene, bürgerlich-pazifistische Forderungen. Es wäre aber übertrieben, zu erwarten, daß die „sozialistischen" Parteien auch nur für diese Forderungen ernsthaft kämpfen, wo die Bourgeoisie dagegen ist und wo die „Sozialisten" an der bürgerlichen Regierung beteiligt sind. Kein tschechischer, polnischer oder französischer „Sozialist" kämpft für die Revision der Friedensverträge; als Macdonald in der Regierung war, hat er seinen eigenen Parteigenossen Henderson desavouiert, als dieser von der Notwendigkeit der Revision des Versailler Vertrages sprach. Die SPD. ist die Vorkämpferin des Garantiepakts, der die Anerkennung der Verträge zur Voraussetzung und ihre Aufrechterhaltung zum Zwecke hat.

Also eine neue Forderung wird aufgestellt, „daß die wirtschaftliche Organisation des Völkerbundes in einen besonderen Rat für internationale Kollektivwirtschaft umgewandelt wird und daß dazu die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter herangezogen werden". Dies ist scheinbar der neue Weg zum Sozialismus, den die Weisen von Marseille entdeckt haben; eine internationale Organisation der Kapitalisten soll die Kollektivwirtschaft, das heißt auf deutsch die Gemeinschaft, einführen unter gütiger „Heranziehung" der Arbeiterorganisationen etwa in Gestalt der Herren Jouhaux, Oudegeest, Sassenbach und Compagnie.

Der Kernpunkt der Resolution der sogenannten Weltfragenkommission, die dieses Kunstwerk ausgearbeitet hat, ist die Stellungnahme zum Sicherheitspakt. Hier haben die Engländer ihren Standpunkt soweit durchgesetzt, daß die „sozialistischen" Parteien wenigstens nicht zum Eintreten für diesen Pakt verpflichtet werden. Der Pakt wird als unvollkommen bezeichnet, weil er keinerlei Verpflichtung zu allgemeinen Abrüstungen enthalte. Es wird verlangt, daß er keinerlei Geheimklauseln enthalte und seine Spitze nicht gegen eine andere Macht oder Mächtegruppen richten würde. Wozu sich einzelne imperialistische Staaten untereinander verbünden, wenn sie sich nicht gegen andere Staaten verbünden, diese Frage werden die Weisen von Marseille schwerlich beantworten können. Die erlösende Formel, die die „Stellung" dieser prächtigen „Internationale" zusammenfaßt, lautet:

„Da der von Deutschland vorgeschlagene Pakt in seiner endgültigen Form noch nicht vorliegt, muß die „Internationale" sich eines Urteils darüber enthalten."

Nach Veröffentlichung des endgültigen Textes soll eine Sitzung des Exekutivkomitees mit den beteiligten Ländern stattfinden, um darüber zu beraten. Das ist die altbewährte Praxis der geleimten Hamburger „Internationale", daß sie die Stellungnahme zu jeder aktuellen Frage, um die man sich mit allgemeinen Phrasen nicht herumdrücken kann, auf den Sankt-Nimmerleinstag vertagt.

Schließlich heißt es in der Resolution, daß die von Deutschland und Rußland gegen Artikel 16 geltend gemachten Bedenken gegenstandslos werden würden, sobald beide Mächte dem Völkerbund angehörten! Das ist ein besonders feiner Trick der Antibolschewisten. Auf diese Weise soll angedeutet werden, daß Sowjetrußland selbst daran schuld ist, wenn die Völkerbundsimperialisten sich gegen den Staat der Arbeiter und Bauern verbünden, weil dieser sich nicht darum bemüht, in die heilige Allianz der imperialistischen Räuber aufgenommen zu werden!

Zu dem französischen Raubkrieg gegen Marokko beschließt die „Internationale", zu „protestieren" und von den beteiligten Mächten eine Aktion zur Herstellung des Friedens zu verlangen auf der Grundlage der Anerkennung der Unabhängigkeit des Rifs unter der Kontrolle des Völkerbundes. Wie eine solche „Unabhängigkeit" aussieht, davon können zum Beispiel die Arbeiter des Saargebietes zeugen, die das Vergnügen haben, unter Völkerbundskontrolle gestellt zu sein. Daß die „Internationale" zur Haltung der französischen Partei im Marokkokrieg kein Wort zu sagen hat, versteht sich am Rande.

Ein Meisterwerk der Perfidie ist die Resolution zur Ostfrage. Diese Resolution betont zugleich die Pflicht aller sozialistischen Parteien, „jede gegen die Sowjetrepublik gerichtete aggressive Politik zu bekämpfen und die Herstellung friedlicher politischer Beziehungen mit der Sowjetunion zu fördern" und liefert gleichzeitig die Argumente für eine aggressive Politik gegen die Sowjetunion. Denn es wird da von der Union der Sowjetrepubliken erzählt, sie nähre die Illusion, „daß die Befreiung der Arbeiter durch Bajonette siegreicher roter Armeen errungen werden könne, und daß es eines neuen Weltkrieges bedürfe, um die Weltrevolution herbeizuführen." Der Kongreß verlangt „die Herstellung voller politischer und gewerkschaftlicher Freiheiten in der Sowjetunion und fordert das russische Volk auf, sich ebenfalls jeder aggressiven und annexionistischen Politik der Sowjets sowie jeder Propaganda zu widersetzen, die auf gewaltsame Einmischung und Einmischung anderer Völker abe-
[illegible]
zielt. Die „Internationale" erklärt, die Bestrebungen der „sozialistischen" Parteien der Sowjetföderation (das heißt der sozialrevolutionären und menschewistischen Weißgardisten) nach „Demokratisierung" des Regimes der Sowjetunion und „Herstellung der politischen Freiheit" zu fördern.

Wie man sieht, Formulierungen, mit denen die Propagandisten der Intervention gegen Sowjetrußland, die Churchill und Kautsky, durchaus zufrieden sein können.

Nach Abschluß des Kongresses und Veröffentlichung des Wortlautes der Beschlüsse wird man noch eingehender auf diese Demonstration der „sozialistischen" Konterrevolutionäre eingehen müssen. Inzwischen kann man nur als allgemeines Ergebnis feststellen, daß jeder Funken besserer Einsicht auf diesem Kongreß durch die vereinten Bemühungen der deutschen und französischen Sozialpatrioten erfolgreich ausgetreten wurde.

Cook, der Pionier der Gewerkschaftseinheit in Deutschland

Es ist kein Zweifel — es mehren sich die Zeichen, die darauf hindeuten, daß in die alte Front der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale eine Bresche nach der anderen geschlagen wird, daß neben ihr, — trotz der scheinbar unbegrenzten Stabilität ihrer festgewordenen Führer eine neue mächtige Front international emporwächst. Die Verständigung der englischen und russischen Gewerkschaftsführer, die Delegation englischer und deutscher Gewerkschafter nach Sowjetrußland, die Rede Edo Fimmens vor dem Schweizer Gewerkschaften in Basel — der Ruf nach der Einheitsfront der Gewerkschaften Chinas, der Ausschluß der KGJ., der Ruf nach der Einheitsfront in der Chinahilfe, der in tausendstimmigen Protesten gegen die Saboteure von Amsterdam ausklingt — und nicht zuletzt die Haltung der englischen Metall- und Transportarbeiter, die mit der eisernen Mauer ihrer Solidarität den Riesenstreik der Bergarbeiter und Cooks Führung stützten, das alles ballt sich zu einer nicht mehr aufzuhaltenden Bewegung zusammen.

So ist es auch ein bedeutsames Zusammentreffen, das am 30. August in dem Augenblick, wo in Breslau die Amsterdamer vom ADGB. ihren Kongreß abhalten, daß in Berlin die Opposition aus dem eigenen Lager der 2. Internationalisten ihre Stimme erhebt.

Cook, der Führer der englischen Bergarbeiter, von dem die englische Presse erschrocken konstatiert, daß er die Grundfesten des Empiriums bedrohe, der für England eine „Rote Armee forderte", wird vor den Berliner Arbeitern am Sonntag, Bockbrauerei, und am Montag in Essen sprechen über England, Deutschland und die internationale Gewerkschaftseinheit.

Er spricht als Vertreter der englischen Sektion der Internationalen Arbeiterhilfe, die dort als Trägerin der Einheitsidee gewirkt hat.

Das Berliner und Essener Proletariat wird diese Kundgebung zu einer mächtigen Demonstration der gewerkschaftlichen Einheitsfront machen gegenüber dem Bonzenkongreß von Breslau.

Die Dawes-Sanierung

Berlin, 28. August. In der Zeit vom 1. bis 15. August ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 197 000 auf 208 000, das heißt um rund 5,6 v. H. gestiegen. Im einzelnen hat die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 176 000 auf 186 000 zugenommen, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger hat sich nicht nennenswert geändert. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 251 000 auf 264 000 gestiegen.

Diese frisierten Zahlen zeigen bei weitem nicht die wirkliche Zahl der Erwerbslosen. Ist es doch eine Tatsache, daß heute damit gerechnet werden muß, daß von allen Arbeitslosen nur die Hälfte Unterstützung erhalten, so daß mit einer Erwerbslosenziffer von rund ½ Million zurzeit gerechnet werden kann.

Das sächsische Landesamt für Arbeitsvermittlung berichtet für die Zeit vom 16. bis 22. August ebenfalls eine weitere erhebliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes für alle Berufsgruppen. Infolge der Aussperrung im Baugewerbe und infolge der in der westsächsischen Textilindustrie begonnenen Arbeitskämpfe sind zahlreiche Kündigungen und Entlassungen vorgenommen worden. In der Landwirtschaft hat eine erhebliche Verschlechterung in der Arbeitsvermittlung eingesetzt.

Ebenso schlecht ist die Arbeitsmöglichkeit in der Industrie der Steine und Erden, in den Steinbrüchen und Ziegeleien, von denen der größte Teil stillgelegt worden ist. Die Vermehrung der Arbeitslosen ist aber vor allem auch zurückzuführen auf Arbeiterentlassungen in der Papier-, Leder- und Holzindustrie. Vom 1.—15. Aug. ist nach dem Bericht des Landesamtes die Zahl für Hauptunterstützungsempfänger um 1736 gestiegen.

Daß auch diese Zahlen bei weitem nicht die wirkliche Steigerung der Erwerbslosenziffern anzeigen, ist selbstverständlich, wenn man weiß, mit welcher Brutalität den Arbeitern die Gewährung dieser Bettelpfennige vorenthalten wird. Die Arbeitslosigkeit steigt — ein neuer Hungerwinter naht —, das sind die Folgen der Dawes-Stabilisierung, die auf Kosten der Arbeiter durchgeführt werden soll.

Verbilligungsaktion undurchführbar

Berlin, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Gestern fanden Besprechungen zwischen Spitzengewerkschaften und Reichsregierung wegen der Verbilligungsaktion statt. Der Regierungsvertreter betonte hinsichtlich der Lohnforderungen der Gewerkschaften, daß es durchaus nicht in ihrem Interesse läge, wenn eine Senkung (!) der autonomen Zölle durch Lohnforderungen der Gewerkschaften, die an und für sich die Politik der Reichsregierung durchkreuzen müssen, verhindert würden. Die Spitzenorganisationen erklärten, daß man der Regierung den guten Willen zur Preissenkung nicht absprechen könne, daß man aber an ihre Kraft und Zähigkeit nicht glaube, die Verbilligungsaktion durchzuführen.

Wenn schon die Spitzengewerkschaften zugeben müssen, daß die Regierung eine Verbilligungsaktion nicht durchführen kann, dann ist es jetzt Aufgabe aller Arbeiter, daß der ADGB. gezwungen wird, die Lohnkämpfe zu organisieren und zu vereinheitlichen. Nur durch die Zusammenballung aller Kräfte der Arbeiter kann der immer weiter fortschreitenden Verelendung der Arbeiter Halt geboten werden.

Eine sozialdemokratische Pressestimme gegen den Zeppelinrummel

Die „Leipziger Volkszeitung" vom 25. August schreibt:

„Die Unterzeichner des Aufrufes sind erkennbar als Vertreter bestimmter Organisationen. Als Gesamtorganisation hat diesen Aufruf merkwürdigerweise auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund unterschrieben. Und daneben finden wir Namen, die wir hier nicht gern gesehen hätten: Genosse Hermann Müller-Franken und Paul Löbe.

Der „gemeinsame Aufruf" ist schließlich nicht ohne tieferen Sinn, wie denn überhaupt jeglicher „gemeinsame Aufruf" einen [illegible] sozialistischen Durchsicht des Sozialisten bedarf. Es wird hier der Versuch unternommen, wieder einmal einen Angelpunkt zu finden, wo sich so etwas wie ein „ausgelesener Volksinteresse" zeigen mag. Die herrschende Klasse erstrebt die Tendenz, Ideologien als eine allgemein menschliche, dem ganzen Volke dienende wirken zu lassen, auf allen Gebieten des menschlichen Lebens, auch auf dem technischen. Die Arbeiterklasse hat derartigen Vertuschungsversuchen, die in dieser Periode gesteigerter Klassenkämpfe, wie wir sie jetzt haben, um so häufiger und deutlicher zutage kommen, aufs entschiedenste gegenüberzustehen.

Und noch ein anderes, und nicht das unbedeutendste: Wovon sollen denn eigentlich die Arbeiter zum Zeppelinbau spenden"? Etwa von ihrem kargen Lohn, den neunzig Prozent der aufrufenden Männer in den gesetzgebenden Körperschaften durch Steuer- und Zollgesetzgebung noch mehr beschnitten haben? Wir begrüßen es, daß der Allgemeine freie Angestelltenbund (Afa) wie der Allgemeine Deutsche Beamtenbund ihre Unterschriften diesem Aufruf versagt haben. Bravo!

Jedenfalls: **„Die Arbeiter machen die Taschen für die Sammlung zu!"**

Kommunistische Delegation auf dem französischen Gewerkschaftskongreß

Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet: Paris, 27. August. Der Kongreß des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes hat sich mit 2782 gegen 1500 Stimmen entschieden, die Delegation des Kongresses der kommunistischen Gewerkschaften anzuhören, um über die Frage der gewerkschaftlichen Einheit zu beraten.

Noch gestern schrieb die „Dresdner Volkszeitung" unter der Ueberschrift „Ein kommunistisches Anerbieten", daß die von dem Kongreß der französischen kommunistischen Gewerkschaften gewählte Delegation, die zwecks Verhandlungen über die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit an den zu gleicher Zeit tagenden Kongreß der freien Gewerkschaften entsandt worden war, nur ein Mittel zur Erreichung der Parteiziele der Kommunisten sei, und es sei infolgedessen wenig wahrscheinlich, daß der Kongreß der CGT. auf das kommunistische Anerbieten eingehen werde. Der Kongreß der freien Gewerkschaften Frankreichs hat nunmehr, wie oben gemeldet, doch beschlossen, die Delegation anzuhören und mit ihr über die Frage der gewerkschaftlichen Einheit zu beraten. Es ist zu hoffen, daß in Frankreich die Einheit der Gewerkschaftsbewegung bald zur Tatsache wird.

Lohnforderungen für Post- und Telegraphenarbeiter

Berlin, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen Reichspostministerium und den Post- und Telegraphenarbeitern, die gestern ergebnislos verliefen, werden heute fortgeführt. Die Postarbeiter fordern 12 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde. Die Reichspostverwaltung lehnt dies ab mit dem Hinweis auf die schlechte Lage der Reichspost und auf die Preissenkungsaktion der Luther-Regierung.

Lohnkampf der Eisenbahner

Berlin, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Stimmung der Eisenbahner ist erregt. Zehn Tage Verhandlungen haben ihnen nicht das geringste Ergebnis gebracht. Die Gewerkschaften nehmen heute nochmals Stellung zur Lage und beschließen über ihre weiteren Schritte. Die Riesengewinne der [illegible] wirken unglaublich provozierend, wenn der Arbeiterschaft noch nicht einmal die allerbescheidensten Lohnansprüche erfüllt werden.

Vergebliche Mühe

Berlin, 28. August. (Telunion.) Die „Vossischen Zeitung" meldet aus Peking: Um der chinesischen Forderung auf [illegible] ungleicher Verträge entgegenzukommen und damit sich China und die asiatische Gesamtfront gegen Rußland [illegible] reihen, wird das diplomatische Korps am Donnerstag eine besonders freundlich gehaltene Antwort mit bestimmten Zusicherungen, darunter die Zollautonomie auf die Note vom [illegible] überreichen. Zwei führende chinesische Politiker betonten, daß scharfe Maßnahmen gegen den chinesischen Bolschewismus für den Winter geplant seien."

Die chinesischen Arbeiter und Bauern werden das niederträchtige Spiel der Diplomaten durchschauen. Die Kraft des chinesischen Proletariats wird den Gesellen die [illegible] brechen.

Ausbreitung des chinesischen Boykotts

(TU.) **London**, 29. August. Die chinesische Bevölkerung in Niederländisch-Indien hat sich dem von Schanghai ausgehenden Boykott der englischen Waren angeschlossen. Seit [illegible] dauert dieser Zustand, der den englischen Kaufleuten des [illegible] bereits schwere Schäden verursacht hat. Die Boykottbewegung richtet sich auch gegen die Staatsbürger anderer Länder, die mit den Engländern in Handelsverbindung stehen. Große Sammlungen werden von den Chinesen für ihre „unterdrückten Brüder" in ganz Niederländisch-Indien veranstaltet, und alle, die für sie nichts geben, verfallen ebenfalls dem Boykott.

Spanien muß die Landung verschieben

Schachzug Abd el Krims

London, 29. August. „Daily Expreß" berichtet aus Tanger, daß der Angriff der Riffkabylen auf die spanische Insel Alhucemas ernst gewesen sei und daß die spanischen Verluste zahlreicher wären, als amtlich mitgeteilt werde. Dieser Angriff habe zur Folge gehabt, daß die Spanier ihre Landung in Sidi Idris auf dem marokkanischen Festlande verschoben hätten. Eine große Anzahl von spanischen Truppen und Kriegsschiffen stehen in Ceuta für den geplanten Angriff bereit. Abd el Krim habe seinen Hauptgeneral mit der Organisation der Verteidigung der Küste beauftragt.

Erfolge der Aufständischen in Marokko

(TU.) **Paris**, 29. August. Wie amtlich aus Rabat gemeldet wird, haben vierzig spanische Flieger die Stellungen der Riffkabylen vor Alhucemas wirksam bombardiert. An der Tanger-Front, im Abschnitt von Uezzan, entfalten die Djeballahs neue lebhafte Angriffstätigkeit gegen Benimestara. Auf der spanischen Westfront ergreift die Heeresleitung alle Maßnahmen, um eine neue Offensive der Riffkabylen aufzuhalten. Auch an der Ostfront zeigt Abd el Krim neue Offensiv-Absichten. Hier wurden bedeutende Truppenansammlungen festgestellt.

Die Einnahme von Damaskus

Paris, 28. August. Aus Abana ist hier die Meldung eingetroffen, daß Damaskus in der Hand der Drusen sei. Die französischen Truppen hätten sich unter schweren Verlusten wieder zurückziehen müssen.

SLUB
Wir führen Wissen.